

Frankfurter Rundschau

Druck- und Verlagshaus
Frankfurt am Main GmbH

Vorsitzender des Herausgeberrates:
Konstantin Neven DuMont

Chefredakteure:
Joachim Frank, Rouven Schellenberger
Mitglied der Chefredaktion: Stephan Hebel

Politik und Wirtschaft: Arnd Festerling (Leitung)
Monika Kappus (Politik)
Bernad Salzmann (Wirtschaft)
Sport: Thomas Vögele
Feuilleton: Christian Thomas
Magazin/Panorama: Martin Scholz
Wissen und Bildung: Karl-Heinz Karisch
Frankfurt: Dr. Matthias Arning
Rhein-Main: Stefan Kuhn
(jeweils verantwortlich)

Leitende Redakteure
Regine Herrmann, Wolfgang Wagner (Deskchefs),
Ursula Rüssmann, Brigitte Spitz,
Joachim Wille (Politik),
Astrid Hölscher (Meinung),
Katharina Sperber (Magazin),
Christoph Albrecht-Heider (Reportage),
Lutz Fischer, Claus-Jürgen Göpfert (Frankfurt),
Pitt von Behenburg (Landespolitik Hessen),
Werner Neumann (Ausbildung)

DuMont Redaktionsgemeinschaft GmbH
Brigitte Fehle (Chefredakteurin),
Robert von Heusinger
(Stellvertretender Chefredakteur),
Christian Bommarius, Karl Doemens,
Holger Schmale, Arno Widmann

Gestaltung und Produktion:
FR-Publishing GmbH, Geschäftsführung: Annette
Tiedge, Hans-Dieter Klein, Joachim Löw
ArtDirection: Annette Tiedge,
Bild: Torsten Deutzmann

FR-online.de: Rouven Schellenberger (komm.)

Redaktion und Verlag:
Postanschrift: 60266 Frankfurt am Main,
Hausadresse:
Karl-Gerold-Platz 1, 60594 Frankfurt am Main,
Telefon 069/2199-1
(zugleich auch ladungsfähige Anschrift für die im
Impressum genannten Verantwortlichen und Ver-
tretungsberechtigten).

Internet: www.fr-online.de

Geschäftsführer: Karlheinz Kroke

Anzeigen: Karsten Hundhausen (verantwort.)

Marketing: Ralf Walther

Vertrieb: Ralf Prokasky

Logistik: Jan Ochs

Sämtlich: Frankfurt am Main

Anzeigenpreise laut Liste Nr. 68 und 68a vom

1. Januar 2010

Erscheint täglich außer sonn- und feiertags.
Monatsbezugspreis Inland: Trägerzustellung
in Hessen 33,25 Euro; Trägerzustellung übriges
Bundesgebiet und Postbezugs 34,45 Euro;
ermäßigter Bezugspreis für Studierende,
Wehrpflichtige, Zivildienstleistende und
Auszubildende 19,75 Euro (Nachweis
erforderlich);
alle Preise inkl. 7 % Umsatzsteuer.

Monatsbezugspreis Ausland: auf Anfrage.

Telefax Anzeigen: 069/2199-3264;

Telefax Vertrieb: 069/2199-3264.

Bei Nichtlieferung ohne Verschulden des Verlages
oder infolge höherer Gewalt keine Entschädi-
gung. Für unverlangte Einsendungen überneh-
men wir keine Verantwortung. Eine Verwertung
der unentgeltlich geschickten Zeitung und al-
ler in ihr enthaltenen Beiträge sowie Abbildun-
gen, insbesondere durch Vervielfältigung
und/oder Verbreitung, ohne vorherige schriftliche
Zustimmung des Verlages ist unzulässig und straf-
bar. Insbesondere ist die Einspeicherung
und/oder Verarbeitung der auch in elektronischer
Form vertriebenen Zeitung in Datenbanksystemen
ohne Zustimmung des Verlages untersagt.

Alle Rechte vorbehalten.

Druck: Druckzentrum Neu-Isenburg,
Rathenaustraße 29, 63263 Neu-Isenburg.
Gerichtsstand: Frankfurt am Main.

Frankfurter Rundschau (USPS 011-355) is publis-
hed daily by Druck- und Verlagshaus Frankfurt
am Main GmbH, 60266 Frankfurt am Main.
Periodicals postage paid at Champlain N.Y. and
additional mailings offices. Address changes
should be sent to IMS at N.Y., 100 Walnut St., #3,
P.O. Box 1518, Champlain, N.Y. 12919-1518.
For details call: IMS at 1 (800) 428-3003.

Verleger bis 1973: Karl Gerold.

ANALYSE

Wir müssen einen Gang zulegen

Das neue Jahrtausend steht im Zeichen einer großen Vision und eines großen Ziels: Bis 2015 soll der Anteil der in Armut lebenden Bevölkerung halbiert werden. Noch nie hat sich die Menschheit selbst eine so ungeheure – und eine so wichtige – Aufgabe gestellt. Der unentwegte Einsatz gegen Armut gehört zu den grundlegenden Werten der Europäischen Union. Die EU hat ihre Entwicklungshilfe innerhalb von zehn Jahren verdoppelt und ist mit rund 50 Milliarden Euro jährlich der weltweit wichtigste Geber; über die Hälfte der gesamten Entwicklungshilfe stammt aus der EU. Die Europäische Kommission allein stellt 13 Prozent aller Entwicklungsgelder. Selbst in diesen wirtschaftlich schwierigen Zeiten setzen sich die Europäer ohne Wenn und Aber für dieses Ziel und die Ärmsten der Armen ein.

Mit diesen Idealen vor Augen und einem entsprechenden Auftrag unserer Bürger und der Mitgliedstaaten im Gepäck werde ich die Europäische Union auf der Sonderkonferenz der Vereinten Nationen vertreten, die eine Bestandsaufnahme der Millennium-Entwicklungsziele vornehmen soll. Vor zehn Jahren hat sich die internationale Gemeinschaft diese ambitionierten Ziele gesetzt. Nun, da der Termin 2015 näher rückt, kehrt sie nach New York zurück, um den weltweiten Bemühungen neuen Schwung zu verleihen.

Die Millennium-Entwicklungsziele erreichen heißt, Milliarden von Armen ein Leben in Würde ohne Armut, Hunger und Leid zu ermöglichen. Es bedeutet, einem

Die Millennium-Entwicklungsziele erreichen heißt, Milliarden von Armen ein Leben in Würde ohne Armut, Hunger und Leid zu ermöglichen. Es bedeutet, einem

Um die Armut der Welt zu halbieren, bleiben noch fünf Jahre. Europa ist gut dabei, soll aber noch besser werden, meint der Präsident der Europäischen Kommission.

Von José Manuel Barroso



jeden die Chance zu geben, sein Leben in einer gerechteren, sichereren und glücklicheren Welt zu leben.

Im vorigen Jahrzehnt wurden gute Fortschritte gemacht. Der Anteil der Menschen, die in extremer Armut leben, ist um 20 Prozent zurückgegangen. Die Zahl der Kinder, die eine Schule besuchen, hat um 28 Millionen zugenommen, und seit 1990 haben 1,7 Milliarden mehr Menschen Zugang zu sauberem Trinkwasser.

Allerdings verlief die Entwicklung nicht gleichmäßig. Einige Länder, insbesondere südlich der Sahara, sind sehr im Rückstand. Wir müssen unseren Fokus auf konfliktgeplagte und innenpolitisch instabile Länder richten. Zudem müssen wir dort aufholen, wo wir gegenüber den Zielvorgaben ins Hintertreffen geraten sind – bei der Bekämpfung des Hungers, bei der Gesundheitsfürsorge für Mütter und bei der Hygiene. Wir haben nur noch fünf Jahre Zeit, also müssen wir einen Gang zulegen. Wir dürfen und werden diejenigen, die am meisten Not leiden, nicht im Stich lassen.

KOLUMNE

Geld und Goethe

JOCHEN HÖRISCH



Wer Faust II liest, lernt viel über die ökonomische Krise von heute. Es geht um die Bedeutung der Hände, der öffentlichen.

sungsversprechen, Kredite und Glaubensbereitschaft, Gott- und Geldvertrauen sind, stehen einigermaßen ratlos da.

Die finanztechnische Überlegung, die Goethes Faust entfaltet, sieht genau, was die meisten Finanzfachleute heute, seien sie Banker oder VWL-Professoren, nicht sehen wollen, leben sie doch in einer gespanntisch geschlossenen Parallelgesellschaft. Die öffentliche Hand gibt (Sicherheit, Infrastruktur, Bildung u.a.) – und nimmt (Steuern und Abgaben). Wer der öffentlichen Hand Kredit gibt, hat (zum Beispiel in Form von Bundesschatzbriefen) ein privates Guthaben bei der öffentlichen Hand. Denn die Schulden des einen sind die Guthaben des anderen, wenn, ja wenn das Finanzsystem verlässlich ist. Die 1,7 Billionen Euro Schulden der öffentlichen Hand in Deutschland sind identisch mit den 1,7 Billionen Euro Guthaben in priva-

Wie können wir das bewerkstelligen? Zunächst müssen wir unsere Versprechen halten. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union bekräftigten kürzlich ihre Zusage, bis 2015 0,7 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts für Entwicklungshilfe auszugeben. Die Entwicklungszusammenarbeit findet starken Rückhalt in der europäischen Bevölkerung. Zwei Drittel sind der Meinung, dass die EU ihre Entwicklungshilfe aufrechterhalten beziehungsweise sogar noch aufbessern sollte.

Sodann müssen wir unsere Anstrengungen erhöhen. Ich komme daher mit dem Vorschlag nach New York, bis zu eine Milliarde Euro zusätzlich aus europäischen Mitteln bereitzustellen – als Belohnung für unsere Partner, die die größten Fortschritte gemacht haben, und zur Unterstützung derjenigen, die am weitesten zurückliegen. Wir müssen kreativer sein, wenn es gilt, zusätzliche Finanzquellen zu erschließen. Damit ist auch die Bekämpfung illegaler Kapitalabflüsse gemeint sowie die Mobilisierung von Mitteln aus dem Privatsektor. Nicht zuletzt müssen wir besser werden. Wir müssen sicherstellen, dass unsere Hilfe tatsächlich bei den Menschen ankommt und als Katalysator für Wachstum in der jeweiligen Region wirkt.

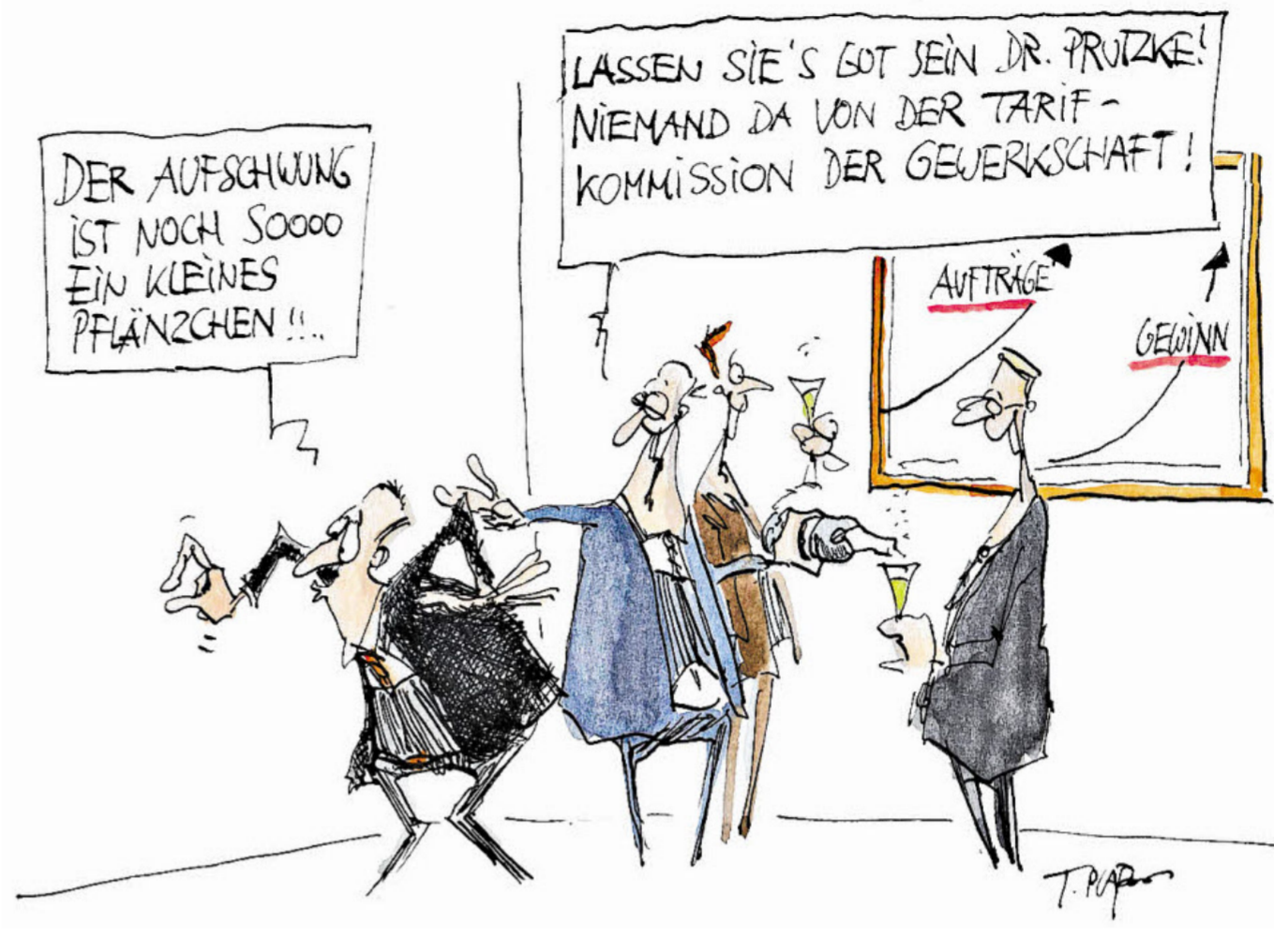
Entwicklungshilfe ist kein Selbstzweck. Sie ist ein Schlüsselement unseres Bemühens, eine Antwort auf die vielen Herausforderungen unserer Zeit zu finden, von instabilen Staaten über fehlende Wirtschaftsperspektiven bis hin zu Klima- und Energiefragen. Die Hilfe muss, wenn sie Armut spürbar verringern soll, ergänzend zu wirksamen nationalen Maßnahmen hinzukommen.

Es liegt an uns, aus diesem neuen Jahrzehnt ein Jahrzehnt der Entwicklung zu machen. Ich für meinen Teil möchte dieses ehrgeizige Programm auf dem New Yorker Gipfel vorantreiben. Ich werde dabei an unsere Solidarität, Partnerschaft und Mitverantwortung appellieren. Wir müssen unsere Kräfte bündeln und am selben Strang ziehen. Dann können wir die Millenniumsziele erreichen.

ten Händen. Jeder Deutsche vom Kleinkind bis zum Greis hat als Staatsbürger gut 20.000 Euro Schulden, nicht weniger, aber auch nicht mehr.

Was nichts anderes heißt als dies: Die Schulden der öffentlichen Hand lassen sich schnell abtragen beziehungsweise deutlich vermindern, hat doch jeder statistische Durchschnittsdeutsche im Schnitt ein Geldvermögen (ohne Immobilien und sonstige Sachwerte) von 60.000 Euro. Ein schuldenfreier Bundeshaushalt brächte allein im nächsten Jahr eine Ersparnis beim Schuldendienst in Höhe von 38 Milliarden Euro und also Spielraum für Steuersenkungen. Und das Finanzsystem würde vom ansonsten absehbaren Kollaps mit all seinen Auswirkungen auch für die Privatvermögen bewahrt. Ein Manager, der nach der Fast-Pleite seiner Firma 70 Millionen Abfindung erhält, könnte Schulden-Patenschaften für 2500 Köpfe übernehmen, die nicht in der Lage sind, ihre Staatsschulden zu begleichen – und 20 Millionen behalten. Ihm und nicht nur ihm könnte es so auch gelingen, Finanzkapital in symbolisches Kapital zu verwandeln und den verheerenden Verlust des Vertrauens in ökonomische Eliten aufzufangen.

Jochen Hörisch ist Germanistik-Professor in Mannheim.



LEITARTIKEL

Protest in neuem Gewand

JOACHIM WILLE



Die Atomparteien bekommen es mit einer gestärkten und verjüngten Anti-AKW-Bewegung zu tun. Der Slogan von der „Brückentechnologie“ hat nicht verfangen.

Also, Hacken zusammenschlagen, und alle Brennstäbe rein? Das kann nicht funktionieren. Union und FDP sind längst keine reinen Atomparteien mehr. Sie bringen einem Umweltminister Röttgen hervor, der allenfalls eine Laufzeitverlängerung light wollte und den beschleunigten Übergang zum Solarzeitalter als Gewinnerthema für CDU und CDU identifiziert hat. Röttgen unterlag zwar. Aber er steht in der Union längst nicht mehr allein. Und es zeigt sich nun auch im bürgerlichen Straßen-Protest gegen den Atomkurs. Der schwarz-gelbe „Geheimvertrag“ mit den Stromkonzernen ließ bei vielen, bildlich gesprochen, das Nuklearfass überlaufen. Auch Konservative mögen das Gefühl nicht, die Politik lasse sich die Gesetze von Konzernen diktieren.

Die Koalition hat sich sehenden Auges in eine energiepolitische Sackgasse manövriert. Ihr Kalkül, mit dem Slogan von der atomaren „Brückentechnologie“ die wahren Ziele ihrer Energie-Wende zu vernebeln, ist nicht aufgegangen. Sie gefährdet

mit dem Beschluss zur Laufzeitverlängerung und dem Durchmarsch in Gorleben, wo sie den Salzstock ohne Alternative fertig untersuchen lassen will, sogar bewusst den gesellschaftlichen Frieden – in der Region und darüber hinaus. Erstmals dürfte das im November deutlich werden, wenn der nächste Castor-Zug im Wendland anrollen wird. Zuletzt, dank des rot-grünen Atomkonsenses, hatten die Atomüll-Transporte nur noch wenig Widerstand hervorgerufen. Nun werden wieder Schlachten geschlagen werden, die eigentlich abgeklagt schienen.

Deeskalation durch eine wirklich moderne Energiepolitik? Fehlanzeige. Vielmehr klappt die schwarz-gelbe Koalition ihr Visier herunter. Sie plant zwei hochrisikante Manöver. Erstens umgeht sie mit ihrem Atomgesetz den Bundesrat, was – aus Sicht der SPD – Verfassungslagen der SPD-Länder nebst größtmöglicher Verunsicherung im Energiemarkt provoziert. Und zweitens peitscht sie die AKW-Laufzeitverlängerung durch den Bundestag. Sie will verhindern, dass die wichtigen Landtagswahlen im März in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz mit dem Loser-Thema belastet werden. Man muss kein Prophet sein, um zu ahnen: Das wird nicht funktionieren. Der Konflikt ist längst nicht ausgestanden, wenn die schwarz-gelbe Mehrheit im Bundestag ihn für beendet erklärt.

Merkel und Co. haben mit ihrer rückwärtsgewandten und klientelorientierten Atompolitik SPD und Grüne eng aneinander geschweißt und ihnen ein ungeahntes zusätzliches Mobilisierungspotenzial beschert. Die beiden können ihr Glück kaum fassen. Wie schön ist es doch, in Berlin im Demozug mitzulaufen. Die Zeiten, in denen sie dann vielleicht gemeinsam gegen heftige Proteste ein neues Atom-Endlager ausdeuten müssen, kommen ja erst noch.

KOMMENTARE

Rückzug auf Raten

Von Steffen Hebestreit

Seine vermeintlichen Rücktrittsgedanken sind Guido Westerwelle nicht aus Versehen herausgerutscht. Der 48 Jahre alte FDP-Vorsitzende ist zu lange im politischen Geschäft, um zu glauben, er könne in einer Traube von Journalisten stehen, über seinen Rücktritt sinnieren und niemand würde es aufschreiben.

Nein, der FDP-Vorsitzende folgte dem Beispiel der Ameise, die in der Fabel einer Grille rät, beizeiten für den Winter vorzusorgen.

Guido Westerwelle sorgt vor für jene rauen Tage, die ihm im Frühjahr ins Haus stehen könnten. Wenn, ja wenn die Freien Demokraten bei den Landtagswahlen im Stammland Baden-Württemberg von aufgebrachtten Bahnhofsgegnern von der Macht verjagt werden sollten. Der Vorsitzende der Fünf-Prozent-Partei FDP kennt die Mechanismen gut genug, um zu wissen, dass die Partei nach einem solchen Machtverfall nach personellen Konsequenzen giert. Schließlich ist es am wichtigsten, den Schuldligen zu kennen.

Westerwelle signalisiert nun seinen Anhängern, dass es Zeit wird, ihn eindeutiger zu unterstützen. Seinen internen Kritikern aber, von denen es mehr und mehr gibt, demonstriert er, dass er nicht an seinem Sessel klebt, sondern sich notfalls auch mit Außenamt und Vizekanzlerschaft begnügen würde.

Der FDP nutzt dieses ganze taktische Manöver herzlich wenig, weil es für Nicht-Parteimenschen einfach nicht zu durchschauen ist. Zurück bleibt der Eindruck: Westerwelle wankt. Die Wahrscheinlichkeit, dass er nächstes Jahr nicht wieder für den Parteivorsitz kandidiert, ist so immens gewachsen. Für die FDP muss das keine schlechte Nachricht sein.

Keine Oase mehr

Von Hannes Gamillscheg

Schweden sah sich lange als Oase in einem Meer von Fremdenfeindlichkeit, doch die Parlamentswahlen am Sonntag haben dieses Klischee zerstört. Mit knapp fünf Prozent der Stimmen stürmten die rechtspopulistischen Schwedendemokraten mit ihrer „Ausländer raus“-Rhetorik in den Stockholmer Reichstag. Das ist die Quittung für eine missglückte Integrationspolitik, die zu Parallelgesellschaften in den Vorstadtghettos führte. Ein Signal, das die etablierten Parteien ernst nehmen müssen.

Das bedeutet aber nicht, dass die Rechten nun ein politischer Machtfaktor werden wie die Dänische Volkspartei, die im Nachbarland der Regierung die Außenpolitik diktiert. In Schweden haben die beiden Regierungsalternativen unmissverständlich klar gestellt, dass es mit den Islam-Hassern keine Gesprächsbasis gibt. Lieber will man sich mit Minderheitskabinetten über die Runden retten.

Zwar mögen fünf Prozent für die Schwedendemokraten gestimmt haben, aber 95 Prozent stimmten gegen sie. Kein Grund also, den Fremdenfeindlichen Einfluss zu geben.